

**Grundordnung
der
Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg**

Vom 23.01.2007

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg folgende Satzung:

Inhaltsübersicht

<i>Präambel</i>	4
I. Abschnitt: Organe, Gremien und Beauftragte der Hochschule	4
<i>1. Kapitel: Hochschulleitung, Zusammensetzung, Amtszeiten und Wahlen</i>	4
§ 1 Leitung der Hochschule, Amtszeiten, Wiederwahl	4
§ 2 Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin	4
§ 3 Wahlleiter, Wahlleiterin	4
§ 4 Öffentliche Ausschreibung.....	5
§ 5 Wahlvorschläge	5
§ 6 Bekanntgabe der Wahlvorschläge; Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen, Wahltag.....	5
§ 7 Durchführung der Wahl.....	5
§ 8 Wahlergebnis	6
§ 9 Wahlprotokoll	7
§ 10 Wahlprüfung.....	7
§ 11 Wahl der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen.....	7
<i>2. Kapitel: Hochschulrat</i>	7
§ 12 Vorschlagsverfahren für die Bestellung der Mitglieder, Amtszeit	7
<i>3. Kapitel: Senat</i>	8
§ 13 Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse.....	8
<i>4. Kapitel: Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen</i>	9
§ 14 Einführung.....	9
<i>5. Kapitel: Frauenbeauftragte der Hochschule</i>	9
§ 15 Amtszeit, Wahlverfahren, Beteiligung in sonstigen Gremien der Hochschule	9
§ 16 Stellvertreterin.....	10

6. Kapitel: Behindertenbeauftragter oder Behindertenbeauftragte der Hochschule	10
§ 17 Aufgaben.....	10
§ 18 Amtszeit, Wahlverfahren, Mitwirkungsrecht	10
II. Abschnitt: Fakultäten	11
1. Kapitel: Dekan, Dekanin und Prodekan, Prodekanin sowie Studiendekan, Studiendekanin	11
§ 19 Amtszeiten	11
§ 20 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt	11
§ 21 Wahlausschuss.....	11
§ 22 Wahltag und Wahlvorschläge	12
§ 23 Durchführung der Wahl.....	12
§ 24 Wahlergebnis	12
§ 25 Wahlprotokoll	13
§ 26 Wahlprüfung.....	13
§ 27 Wahl des Studiendekans oder der Studiendekanin.....	13
§ 28 Wahl des Prodekans oder der Prodekanin.....	13
2. Kapitel: Die Frauenbeauftragten der Fakultäten.....	14
§ 29 Amtszeit	14
§ 30 Wahlverfahren.....	14
§ 31 Stellvertreterin.....	14
3. Kapitel: Fakultätsübergreifende Gremien	14
§ 32 Einrichtung, Aufgaben und Zusammensetzung.....	14
III. Abschnitt: Beiräte und Kuratorium	15
§ 33 Beiräte.....	15
§ 34 Zusammensetzung und Geschäftsführung des Kuratoriums	15
IV. Abschnitt: Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal	15
1. Kapitel: Professoren, Professorinnen	15
§ 35 Berufungsausschuss.....	15
§ 36 Aufstellung der Vorschlagslisten.....	15
§ 37 Probelehrveranstaltungen.....	17
§ 38 Fachgutachten	17
§ 39 Sondervoten.....	18
2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben	18
§ 40 Lehrkräfte für besondere Aufgaben	18

V. Abschnitt: Studierendenvertretung	19
1. Kapitel: <i>Studentischer Konvent</i>	19
§ 41 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und seiner oder ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen	19
§ 42 Einberufung	19
2. Kapitel: <i>Fachschaftenrat</i>	20
§ 43 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und seines oder ihres Stellvertreters oder seiner oder ihrer Stellvertreterin	20
§ 44 Einberufung	20
3. Kapitel: <i>Sprecher- und Sprecherinnenrat</i>	20
§ 45 Wahl des Sprecher- und Sprecherinnenrats	20
§ 46 Einberufung des Sprecher- und Sprecherinnenrats	21
4. Kapitel: <i>Fachschaftsvertretung</i>	21
§ 47 Einberufung	21
VI. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften über den Geschäftsgang in den Gremien der Hochschule	21
§ 48 Geltungsbereich	21
§ 49 Ladung und Ladungsfristen	21
§ 50 Beschlussfähigkeit	22
§ 51 Zustandekommen von Beschlüssen	22
§ 52 Hochschul- oder Fakultätsöffentlichkeit	22
§ 53 Geheime Abstimmung	23
§ 54 Stimmrechtsübertragung	23
§ 55 Geschäftsordnung	23
VII. Abschnitt: Ehrungen	23
§ 56 Ehrungen	23
VIII. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen	24
§ 57 Übergangsbestimmungen für Wahlen und Amtszeiten	24
§ 58 Übergangsvorschriften für die erstmalige Einberufung des Senats und des Hochschulrats	24
§ 59 Inkrafttreten	25

Präambel

Die Fachhochschule Coburg dokumentiert ihren gesetzlichen Auftrag anwendungsbezogener Lehre und Forschung im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Satz 6 Bayerisches Hochschulgesetz dadurch, dass sie auf der Grundlage von Art. 1 Abs. 2 Bayerisches Hochschulgesetz den Namen „Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg“ führt, und sie bekundet ihre internationale Ausrichtung durch die englischsprachige Bezeichnung „Coburg University of Applied Sciences“.

I. Abschnitt: Organe, Gremien und Beauftragte der Hochschule

1. Kapitel: Hochschulleitung, Zusammensetzung, Amtszeiten und Wahlen

§ 1 Leitung der Hochschule, Amtszeiten, Wiederwahl

(1) Die Leitung der Fachhochschule Coburg besteht aus dem Präsidenten oder der Präsidentin, 2 Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen sowie dem Kanzler oder der Kanzlerin.

(2) Die Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin umfasst 10 Semester, die der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen 5 Semester jeweils einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.

(3) Eine Wiederwahl des Präsidenten oder der Präsidentin ist ein Mal möglich.

(4) Die Wiederwahl der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen ist drei Mal möglich.

§ 2 Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin

(1) ¹Der Präsident oder die Präsidentin bestimmt für den Fall seiner oder ihrer Verhinderung einen oder eine der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen als seinen oder ihren Vertreter. ²Ist auch der oder die als Vertreter bestimmte Vizepräsident oder Vizepräsidentin verhindert, wird der Präsident oder die Präsidentin durch den anderen Vizepräsidenten oder die andere Vizepräsidentin vertreten.

(2) In Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie im Falle der Verhinderung beider Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen wird der Präsident oder die Präsidentin durch den Kanzler oder die Kanzlerin vertreten.

§ 3 Wahlleiter, Wahlleiterin

¹Die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin sowie der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen wird durch den Wahlleiter oder die Wahlleiterin vorbereitet, durchgeführt und geleitet, soweit nicht die Zuständigkeit des Wahlausschusses gegeben ist. ²Wahlleiter oder Wahlleiterin ist der Kanzler oder die Kanzlerin oder eine von ihm oder ihr damit beauftragte Person.

§ 4 Öffentliche Ausschreibung

¹Die Stelle des Präsidenten oder der Präsidentin wird vom Wahlleiter oder der Wahlleiterin mit einer Bewerbungsfrist von mindestens fünf Wochen öffentlich ausgeschrieben. ²Die Bewerbungsfrist für ein erstes Wahlverfahren endet spätestens mit dem Tag des Unterrichtsbeginns des vorletzten Semesters vor dem Amtswechsel. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilt den Mitgliedern des Hochschulrats, den Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats sowie den Dekanen und Dekaninnen die Namen der Bewerber und Bewerberinnen nach Ablauf der Bewerbungsfrist unverzüglich mit.

§ 5 Wahlvorschläge

(1) ¹Die Mitglieder des Hochschulrats sowie die Dekane und Dekaninnen sind berechtigt, dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin bis spätestens vier Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist eigene Wahlvorschläge zu unterbreiten, die dieser oder diese umgehend an die in Absatz 2 genannten Vorschlagsberechtigten weiterleitet. ²Die vorgeschlagenen Personen müssen ihre Zustimmung zur Kandidatur schriftlich erklärt haben.

(2) Für die Wahl des Präsidenten unterbreiten die Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats aus der Zahl der fristgemäß eingegangenen Bewerbungen spätestens acht Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist einen gemeinsamen Wahlvorschlag.

(3) Der Wahlvorschlag ist dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin schriftlich zuzuleiten.

§ 6 Bekanntgabe der Wahlvorschläge; Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen, Wahltag

(1) ¹Frühestens zwei, jedoch spätestens vier Wochen nach Zuleitung des Wahlvorschlags an den Wahlleiter oder die Wahlleiterin gemäß § 5 Abs. 2 findet die Wahl statt. ²Den Wahltag bestimmt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin.

(2) ¹Vorgeschlagene und wählbare Personen erhalten die Möglichkeit, sich rechtzeitig vor dem Wahltag den Mitgliedern des Hochschulrats und der Hochschule in einer hochschulöffentlichen Veranstaltung vorzustellen. ²Der Ladung zu dieser Sitzung sind die Namen dieser Personen in alphabetischer Reihenfolge mit einer Aufstellung beizufügen, aus der der jeweilige berufliche Werdegang ersichtlich ist.

(3) Die Termine von Abs. 1 und 2 dürfen nicht in die Semesterferien fallen.

§ 7 Durchführung der Wahl

(1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin lädt die Mitglieder des Hochschulrats spätestens zwei Wochen vor der Wahl schriftlich zur Wahl ein. ²Die Einladung muss die Namen der zur Wahl stehenden Personen enthalten.

(2) ¹Jedes Mitglied des Hochschulrats hat eine Stimme; Stimmrechtsübertragungen bemessen sich nach § 54. ²Gewählt wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit amtlichen Stimmzetteln.

(3) ¹Vor Eintritt in die Wahlhandlung bestimmt der Hochschulrat aus seiner Mitte einen Wahlbeisitzer oder eine Wahlbeisitzerin; er oder sie bildet zusammen mit dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin den Wahlausschuss. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin sitzt dem Wahlausschuss vor; bei Stimmgleichheit gibt seine oder ihre Stimme den Ausschlag.

(4) ¹Vor Empfang des Stimmzettels haben sich die Wahlberechtigten auf Verlangen des Wahlleiters oder der Wahlleiterin auszuweisen. ²Schriftliche Nachweise der Stimmrechtsübertragungen sind dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin zum Verbleib bei den Akten zu übergeben. ³Er oder sie stellt die Namen im Mitgliederverzeichnis des Hochschulrats fest. ⁴Der oder die Wahlberechtigte übergibt den gefalteten Stimmzettel dem mit der Entgegennahme der Stimmzettel beauftragten Mitglied des Wahlausschusses, das ihn in Gegenwart des Wählers oder der Wählerin in die Wahlurne legt. ⁵Die Stimmabgabe ist zu vermerken.

(5) ¹Nachdem der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahlhandlung für abgeschlossen erklärt hat, erfolgt die Auszählung der abgegebenen Stimmen.

²Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
er nicht gekennzeichnet ist,
er nicht als amtlich erkennbar ist,
aus seiner Kennzeichnung der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei hervorgeht,
in ihm eine Person benannt ist, die nicht vorgeschlagen ist oder
er außer der Bezeichnung des Gewählten noch Zusätze enthält.

³In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit.

§ 8 Wahlergebnis

(1) Als Präsident oder Präsidentin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Hochschulrats auf sich vereinigt.

(2) ¹Stehen mehr als zwei Bewerber oder Bewerberinnen zur Wahl, so findet nach einem vergeblichen ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt. ²In diesem stehen nur noch die beiden Personen mit den im ersten Wahlgang erreichten höchsten Zahlen der abgegebenen Stimmen zur Wahl. ³Ist wegen Stimmgleichheit unklar, wer den zweiten Wahlgang erreicht, so entscheidet darüber eine Stichwahl zwischen den stimmgleichen Bewerbern oder Bewerberinnen. ⁴Die Stichwahl ist so lange zu wiederholen, bis sich ein Mehrheitsergebnis ergibt. ⁵Nach drei Wahlgängen, die zu keiner Entscheidung geführt haben, wird das Wahlverfahren unterbrochen.

(3) ¹Erreicht in einem Wahlgang, in dem weniger als drei Bewerber oder Bewerberinnen zur Wahl stehen, keiner oder keine mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, so findet eine Woche später ein erneuter Wahlgang statt. ²Bleibt auch dieser erfolglos, so ist die Wahl nicht zustande gekommen. ³Es ist ein neues Wahlverfahren durchzuführen.

(4) ¹Das Wahlergebnis wird vom Wahlleiter oder der Wahlleiterin unverzüglich verkündet. ²Die Hochschule teilt der gewählten Person die Wahl mit und fordert sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob sie die Wahl annimmt. ³Gibt die gewählte Person innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als nicht angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.

(5) Nimmt die gewählte Person die Wahl an, so schlägt die Hochschule diese dem zuständigen Staatsministerium unter Beifügung einer Ausfertigung des Wahlprotokolls zur Bestellung vor.

§ 9 Wahlprotokoll

Über die Sitzung des Hochschulrats einschließlich der Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen.

§ 10 Wahlprüfung

(1) Jeder oder jede Wahlberechtigte und Vorgeschlagene kann binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche nach dem Tag der Verkündung des Wahlergebnisses die Wahl unter Angabe von Gründen durch schriftliche, gegenüber dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin abzugebende Erklärung anfechten.

(2) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einem anderen Wahlergebnis geführt hat oder hätte führen können.

(3) ¹Über eine Wahlanfechtung entscheidet der Wahlausschuss. ²Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der antragstellenden sowie der gewählten Person zuzustellen. ³Ist die Wahlanfechtung begründet, so hat der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahl für ungültig zu erklären und eine Wiederholungswahl durchzuführen.

§ 11 Wahl der Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen

(1) Spätestens acht Wochen nach Beginn des vorletzten Semesters vor dem Amtswechsel teilt der Präsident oder die Präsidentin seinen oder ihren Wahlvorschlag für das jeweils zu besetzende Amt eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin schriftlich mit.

(2) Vorgeschlagene Personen können nur zur Wahl gestellt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zu kandidieren erklärt haben.

(3) §§ 6 bis 10 gelten im Übrigen entsprechend.

(4) ¹Die Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen werden in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Dies gilt auch dann, wenn die Wahl an einem Tag stattfindet.

2. Kapitel: Hochschulrat

§ 12 Vorschlagsverfahren für die Bestellung der Mitglieder, Amtszeit

(1) ¹In dem dem Beginn einer neuen Amtsperiode vorausgehenden Semester teilt die Hochschulleitung die gemeinsam mit dem Staatsministerium erstellten Vorschläge für die Bestellung der nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats den amtierenden nicht hochschulangehörigen Mitgliedern dieses Gremiums mit; sie gibt diesen Gelegenheit, binnen einer Frist von zwei Wochen zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. ²Gleichzeitig leitet sie die Vorschläge dem Senat mit der Bitte um Bestätigung zu; dieser darf frühestens nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist und nach Kenntnisnahme von etwaigen nach diesem Satz abgegebenen Stellungnahmen die Bestätigung aussprechen.

(2) Scheidet ein nicht hochschulangehörendes Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird unverzüglich für den Rest der Amtszeit des bisherigen Mitglieds ein neues bestellt; Abs. 1 gilt entsprechend.

(3) Die nicht hochschulangehörenden Mitglieder des Hochschulrats bleiben auch nach Ende ihrer Amtszeit solange im Amt, bis entsprechende Nachfolger bestellt sind.

3. Kapitel: Senat

§ 13 Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse

(1) ¹Dem Senat gehören an:

1. fünf Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1),
2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2),
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3),
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden und
5. die Frauenbeauftragte der Hochschule.

²Dem Senat dürfen nicht mehr als zwei Vertreter und Vertreterinnen nach Satz 1 Nr. 1 aus einer Fakultät angehören, wenn die Hochschule in mindestens drei Fakultäten gegliedert ist. ³Die Mitglieder der Hochschulleitung wirken in den Sitzungen beratend mit.

(2) Der Senat wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine dem Senat vorsitzende Person, die die Sitzungen des Senats einberuft und leitet, sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin.

(3) Der Senat

1. beschließt die von der Hochschule zu erlassenden Rechtsvorschriften, soweit nichts anderes bestimmt ist,
2. beschließt in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags,
3. bestimmt Forschungsschwerpunkte und beschließt Anträge auf Einrichtung von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs sowie entsprechenden Einrichtungen,
4. beschließt Vorschläge für die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen,
5. nimmt zu den von Berufungsausschüssen beschlossenen Vorschlägen für die Berufung von Professoren und Professorinnen Stellung,
6. beschließt auf der Grundlage des Beschlusses des Fakultätsrats Vorschläge für die Bestellung von Honorarprofessoren und Honorarprofessorinnen,

7. beschließt über die Erteilung der Würde eines Ehrensensors oder einer Ehrensensorin, eines Ehrenbürgers oder einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule,
8. beschließt über die Bestätigung der Vorschläge für die Bestellung der nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats,
9. wirkt in sonstigen Angelegenheiten mit, soweit dies durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes vorgesehen ist.

(4) ¹Der Senat kann beratende Ausschüsse einsetzen. ²In diesen Ausschüssen sollen die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 genannten Mitgliedergruppen in dem dort festgelegten Verhältnis vertreten sein und bei der Bestellung der Mitglieder des Ausschusses beteiligt werden; die Frauenbeauftragte der Hochschule ist Mitglied dieser Ausschüsse.

4. Kapitel: Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

§ 14 Einführung

Die Hochschule kann einen Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einrichten.

5. Kapitel: Frauenbeauftragte der Hochschule

§ 15 Amtszeit, Wahlverfahren, Beteiligung in sonstigen Gremien der Hochschule

(1) Die Frauenbeauftragte der Hochschule wird jeweils für die Amtsperiode des Senats gewählt, bleibt jedoch bis zur Wahl einer neuen Frauenbeauftragten der Hochschule im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

(2) ¹Die Wahl findet spätestens in der zweiten Sitzung einer Amtsperiode des Senats statt. ²Wahlvorschläge können von den Mitgliedern des Senats eingereicht werden. ³Wahlvorschläge sind spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin beim Vorsitzenden des Senats zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen.

(3) § 7 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend.

(4) ¹Zur Frauenbeauftragten der Hochschule ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Senats auf sich vereinigt. ²Stehen mehr als zwei Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach einer Stichwahl weiterhin Stimmgleichheit besteht, so findet in der nächsten Sitzung des Senats eine erneute Stichwahl statt.

(5) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird die Nachfolgerin abweichend von Abs.1 Satz 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit der vorzeitig ausscheidenden Frauenbeauftragten der Hochschule gewählt.

(6) Die Frauenbeauftragte der Hochschule ist zu den Sitzungen aller Gremien einzuladen, die durch den Hochschulrat oder den Senat eingerichtet werden.

§ 16 Stellvertreterin

(1) Für die Frauenbeauftragte der Hochschule wird eine Stellvertreterin gewählt.

(2) Für das Wahlverfahren gilt § 15 entsprechend.

6. Kapitel: Behindertenbeauftragter oder Behindertenbeauftragte der Hochschule

§ 17 Aufgaben

¹Der oder die Behindertenbeauftragte vertritt die Belange der behinderten Studierenden an der Hochschule. ²In diesem Rahmen obliegen ihm oder ihr insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung und Information behinderter Studierender und Studienbewerber oder -bewerberinnen über Themenbereiche, die ihre Chancengleichheit an der Hochschule berühren, beispielsweise über Studien- und Prüfungsbedingungen, bauliche und technische Gegebenheiten und Erfordernisse sowie ihre soziale Integration
- die Behandlung und Entscheidung von Anträgen behinderter Studierender, die die Wahrung ihrer Chancengleichheit zum Inhalt haben, z.B. Anträge auf Prüfungsvergünstigungen, Erlass von Studiengebühren usw. auf Antrag des oder der Studierenden
- Kontaktpflege zu Verbänden und Behörden, zu deren Aufgaben die Verbesserung der Lebensbedingungen behinderter Menschen gehört und entsprechende Vertretung ihrer Interessen bei diesen Einrichtungen
- Aufbau eines hochschulinternen Netzwerkes zur Erfassung der Bedürfnisse, Wünsche sowie des Beratungsbedarfs behinderter Studierender und Koordination der Aufgaben mit den Fakultäten.

§ 18 Amtszeit, Wahlverfahren, Mitwirkungsrecht

(1) ¹Der oder die Behindertenbeauftragte der Hochschule wird jeweils für die Amtsperiode des Senats von diesem gewählt, bleibt jedoch bis zur Wahl eines oder einer neuen Behindertenbeauftragten im Amt. ²Die Wiederwahl ist zulässig.

(2) ¹Die Wahl findet spätestens in der zweiten Sitzung einer Amtsperiode des Senats statt. ²Wahlvorschläge können von den Mitgliedern des Senats eingereicht werden. ³Wahlvorschläge sind spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin beim Vorsitzenden des Senats zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen einzureichen.

(3) § 7 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend.

(4) ¹Zu dem oder der Behindertenbeauftragten der Hochschule ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Senats auf sich vereinigt. ²Stehen mehr als zwei Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl und erreicht niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten oder Kandidatinnen mit der jeweils höchsten Anzahl an Stimmen statt. ³Wenn nach einer Stichwahl weiterhin Stimmgleichheit besteht, so findet in der nächsten Sitzung des Senats eine erneute Stichwahl statt.

(5) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird der Nachfolger oder die Nachfolgerin abweichend von Abs. 1 Satz 1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit des oder der vorzeitig ausscheidenden Behindertenbeauftragten gewählt.

(6) Der oder die Behindertenbeauftragte ist zu Tagesordnungspunkten von Gremiensitzungen einzuladen, die speziell die Belange behinderter Studierender zum Gegenstand haben; der oder die Behindertenbeauftragte nimmt zu diesen Tagesordnungspunkten an der Sitzung mit beratender Stimme teil.

II. Abschnitt: Fakultäten

1. Kapitel: Dekan, Dekanin und Prodekan, Prodekanin sowie Studiendekan, Studiendekanin

§ 19 Amtszeiten

(1) ¹Dekan oder Dekanin sowie Prodekan oder Prodekanin werden für eine Amtszeit von 4 Semestern, der Studiendekan oder die Studiendekanin für eine Amtszeit von sechs Semestern aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen der Fakultät gewählt. ²Sie verwalten nach Ende ihrer Amtszeit ihr Amt kommissarisch, bis ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gewählt ist.

(2) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird der Nachfolger oder die Nachfolgerin abweichend von Abs.1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit der vorzeitig ausscheidenden Person gewählt.

§ 20 Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt

(1) ¹Scheidet der Dekan oder die Dekanin, der Prodekan oder die Prodekanin, der Studiendekan oder die Studiendekanin vorzeitig aus dem Amt, so finden abweichend von § 22 Abs.1, § 27 Abs.1 und § 28 Abs.1 unverzüglich Neuwahlen statt. ²Für diese Wahlen gelten § 22 Abs.2 bis 6 bzw. § 27 Abs.3 und § 28 Abs.3 entsprechend mit der Maßgabe, dass die in § 22 Abs.2, § 27 Abs.1 und § 28 Abs.1 genannten Fristen nicht zur Anwendung kommen.

(2) Erklärt kein Vorgeschlagener oder keine Vorgeschlagene sein oder ihr Einverständnis mit der Kandidatur, so wird unverzüglich ein neues Wahlverfahren nach Abs. 1 durchgeführt.

§ 21 Wahlausschuss

(1) ¹Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl eines Dekans oder einer Dekanin und eines Studiendekans oder einer Studiendekanin bestellt jeder Fakultätsrat spätestens vier Wochen nach Beginn des Semesters, in dem die Wahl stattfindet, einen aus mindestens zwei Mitgliedern der Fakultät bestehenden Wahlausschuss und benennt aus deren Mitte den Vorsitzenden oder die Vorsitzende. ²Dieser oder diese und ein weiteres Mitglied müssen der Gruppe der Professoren und Professorinnen angehören.

(2) ¹Die Tätigkeit als Mitglied des Wahlausschusses ist ehrenamtlich. ²Sie schränkt das aktive und passive Wahlrecht nicht ein.

§ 22 Wahltag und Wahlvorschläge

(1) Die Wahl des Dekans oder der Dekanin findet in dem Semester statt, in dem die Amtszeit des amtierenden Dekans oder der amtierenden Dekanin endet.

(2) Spätestens eine Woche nach Bestellung des Wahlausschusses fordert der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Wahlausschusses die amtierenden Mitglieder des Fakultätsrats auf, Wahlvorschläge einzureichen.

(3) ¹Jedes Mitglied des Fakultätsrats kann dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Wahlausschusses bis spätestens zwei Wochen nach der Aufforderung des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden einen Kandidaten oder eine Kandidatin aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen vorschlagen. ²Die Kandidaten und Kandidatinnen müssen schriftlich der Kandidatur zugestimmt haben. ³Nach Ablauf der Vorschlagsfrist macht der Vorsitzende unverzüglich die Namen der Kandidaten und Kandidatinnen an den amtlichen Anschlagtafeln der Fakultät bekannt.

(4) ¹Der Vorsitzende des Wahlausschusses übermittelt die Namen der Kandidaten und Kandidatinnen unverzüglich nach Ende der Frist von Abs. 3 der Hochschulleitung zur Herstellung des Einvernehmens. ²Die Hochschulleitung kann neben der Zustimmung oder Ablehnung der Kandidaten und Kandidatinnen ihr Einvernehmen auch auf einzelne oder einen Kandidaten oder eine Kandidatin beschränken.

(5) ¹Verweigert die Hochschulleitung ihr Einvernehmen für alle Kandidaten, wird umgehend das Wahlverfahren nach Abs.2 bis 4 wiederholt. ²Die in Abs.2 genannte Frist kommt in diesem Fall nicht zur Anwendung.

(6) Erteilt die Hochschulleitung ihr Einvernehmen, so lädt der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Wahlausschusses unverzüglich mit einer Ladungsfrist von einer Woche zur Wahl ein.

§ 23 Durchführung der Wahl

(1) ¹Jedes Mitglied des Fakultätsrats hat eine Stimme. ²Stimmrechtsübertragungen bemessen sich nach § 54 . ³Gewählt wird ohne Aussprache mit vom Wahlausschuss vorbereiteten Stimmzetteln in geheimer Abstimmung.

(2) ¹Im Übrigen gilt § 7 Abs. 5 Sätze 1 und 2 sinngemäß. ²In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit von Stimmzetteln. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 24 Wahlergebnis

(1) ¹Als Dekan oder Dekanin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen des Fakultätsrats auf sich vereinigt. ²Im Übrigen gilt § 8 Abs. 2 und 3 sinngemäß.

(2) ¹Das Wahlergebnis wird von dem oder der Vorsitzenden des Wahlausschusses unverzüglich verkündet. ²Er oder sie teilt der gewählten Person die Wahl mit und fordert sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob sie die Wahl annimmt; Art. 18 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG bleibt unberührt. ³Gibt die gewählte Person innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als angenommen; auf diese Bestimmung ist in der Mitteilung hinzuweisen.

(3) ¹Der Vorsitzende des Wahlausschusses übermittelt das Wahlergebnis dem Präsidenten oder der Präsidentin. ²Das Ergebnis wird vom Präsidenten oder der Präsidentin bekannt gemacht.

§ 25 Wahlprotokoll

Über die Wahlhandlung ist vom Wahlausschuss ein Protokoll zu führen.

§ 26 Wahlprüfung

¹Für die Wahlprüfung gilt § 10 sinngemäß. ²An die Stelle des Wahlleiters oder der Wahlleiterin tritt der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Wahlausschusses.

§ 27 Wahl des Studiendekans oder der Studiendekanin

(1) Die Wahl des Studiendekans oder der Studiendekanin findet unmittelbar nach der Wahl des Dekans oder der Dekanin statt, wenn diese im selben Semester zu wählen sind.

(2) Eine Fakultät kann für ihre Studiengänge mehrere Studiendekane wählen.

(3) Im Übrigen gelten für die Wahlen die §§ 22 Abs.1 bis 3 und 23 bis 26 entsprechend.

(4) Das Amt des Studiendekans oder der Studiendekanin ist mit der Tätigkeit als nach Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG gewähltes Mitglied des Fakultätsrates unvereinbar.

§ 28 Wahl des Prodekans oder der Prodekanin

(1) Die Wahl des Prodekans oder der Prodekanin findet spätestens vier Wochen nach der Wahl des Dekans oder der Dekanin statt.

(2) ¹Der Dekan oder die Dekanin lädt mit einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche zur Wahl ein. ²Zur Wahl steht der vom Dekan oder der Dekanin vorgeschlagene Kandidat oder die vorgeschlagene Kandidatin.

(3) ¹Vor Eintritt in die Wahlhandlung bestellt der Fakultätsrat einen Wahlausschuss, für dessen Zusammensetzung § 21 Abs. 1 entsprechend gilt. ²Auf die Durchführung der Wahl finden die §§ 23 bis 26 entsprechende Anwendung.

(4) Das Amt des Prodekans oder der Prodekanin ist mit der Tätigkeit als nach Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG gewähltes Mitglied des Fakultätsrates unvereinbar.

2. Kapitel: Frauenbeauftragten der Fakultät

§ 29 Amtszeit

(1) ¹Die Frauenbeauftragte der Fakultät wird für eine Amtszeit von 4 Semestern gewählt. ²Sie verwaltet nach Ende ihrer Amtszeit ihr Amt kommissarisch, bis eine Nachfolgerin gewählt ist.

(2) Die Amtszeit beginnt jeweils ein Semester nach Beginn der Amtszeit des Fakultätsrats.

(3) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird die Nachfolgerin abweichend von Abs.1 nur bis zum Ablauf der regulären Amtszeit der vorzeitig ausscheidenden Frauenbeauftragten gewählt.

§ 30 Wahlverfahren

(1) Die Wahl der Frauenbeauftragten der Fakultät erfolgt in der gleichen Sitzung wie die Wahl des Prodekanen oder der Prodekanin, jedoch nach der Wahl des Prodekanen oder der Prodekanin.

(2) Der Dekan oder die Dekanin fordert die Mitglieder der Fakultät spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin auf, Wahlvorschläge zusammen mit einer schriftlichen Einverständniserklärung der Vorgeschlagenen bis spätestens einen Tag vor der Wahl einzureichen.

(3) Im Übrigen gilt § 28 Abs.4 entsprechend.

§ 31 Stellvertreterin

(1) Für die Frauenbeauftragte der Fakultäten wird jeweils eine Stellvertreterin gewählt.

(2) Die Wahl findet jeweils unmittelbar nach der Wahl der Frauenbeauftragten statt, soweit nicht eine Wahl aufgrund vorzeitigen Ausscheidens der Amtsinhaberin stattfinden muss.

(3) Für die Amtszeit und das Wahlverfahren gelten § 29 und § 30 Abs. 2 und 3 entsprechend.

3. Kapitel: Fakultätsübergreifende Gremien

§ 32 Einrichtung, Aufgaben und Zusammensetzung

¹Zum Zusammenwirken der Fakultäten bei der Planung und Durchführung fakultätsübergreifender Studienvorhaben kann die Hochschulleitung fakultätsübergreifende Gremien einrichten, deren Amtszeit in der Regel vier Semester beträgt. ²Die Hochschulleitung legt die Aufgaben und Befugnisse dieser Gremien im Benehmen mit der erweiterten Hochschulleitung fest. ³Sie benennt die Mitglieder auf Vorschlag der erweiterten Hochschulleitung. ⁴Die Mitgliedergruppen nach Art. 17 Abs.2 S.1 BayHSchG müssen in entsprechender Anwendung von Art. 31 Abs. 1 BayHSchG proportional vertreten sein. ⁵Die Frauenbeauftragte der Hochschule muss Mitglied des Gremiums sein.

III. Abschnitt: Beiräte und Kuratorium

§ 33 Beiräte

(1) Auf Vorschlag der Dekane bestellt die Hochschulleitung für die Dauer von vier Semestern für einzelne oder gemeinsam für mehrere fachlich verwandte Fakultäten oder für Forschungsfelder externe Beiräte mit beratender Funktion.

(2) Jeder Beirat wählt aus seiner Mitte in geheimer Abstimmung einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und deren Stellvertreter oder Stellvertreterin.

§ 34 Zusammensetzung und Geschäftsführung des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium setzt sich aus Vertretern von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zusammen, die vom Senat auf Vorschlag der Hochschulleitung für eine Amtszeit von drei Jahren bestellt werden. Wiederbestellung ist möglich.

(2) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte in geheimer Abstimmung einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und deren Stellvertreter oder Stellvertreterin.

IV. Abschnitt: Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal

1. Kapitel: Professoren, Professorinnen

§ 35 Berufungsausschuss

(1) Der Berufungsausschuss muss spätestens vor Ausschreibung der Stelle, für die er eingesetzt werden soll, gebildet sein.

(2) Stellt die Hochschulleitung fest, dass die zu besetzende Stelle mehrere Fakultäten betrifft, ist der beauftragte Fakultätsrat verpflichtet, dies bei der Besetzung des Berufungsausschusses zu berücksichtigen.

(3) ¹Unmittelbar nach Beschlussfassung im Fakultätsrat übermittelt der Dekan oder die Dekanin die Zusammensetzung des Berufungsausschusses der Hochschulleitung mit der Bitte um Herstellung des Einvernehmens. ²Wird das Einvernehmen nicht erteilt, hat der Fakultätsrat unter Berücksichtigung der Auffassung der Hochschulleitung nochmals über die Zusammensetzung des Berufungsausschusses zu befinden.

§ 36 Aufstellung der Vorschlagslisten

(1) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet alle Bewerbungen und Bewerbungsunterlagen für die Stelle eines Professors oder einer Professorin unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist dem oder der zuständigen Berufungsausschussvorsitzenden zu. ²Die Hochschulleitung kann für die Vorlage des Entwurfs einer Vorschlagsliste durch den Berufungsausschuss einen Termin bestimmen.

(2) ¹Der Berufungsausschuss prüft zunächst, ob die Bewerber und Bewerberinnen insbesondere die Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 3 BayHSchPG erfüllen. ²Nach

Abschluss der Probelehrveranstaltungen gemäß § 37 würdigt der Berufungsausschuss in einer Stellungnahme die fachliche, persönliche und pädagogische Eignung der Bewerber und Bewerberinnen. ³Er stellt einen mit einer Begründung versehenen Entwurf der Vorschlagsliste unter Angabe der Reihenfolge der aufgenommenen Bewerber und Bewerberinnen auf und leitet ihn der Hochschulleitung zu.

(3) Die Mitglieder des Senats und die Professoren und Professorinnen der beteiligten Fakultäten können nach Eingang der Bewerbungsunterlagen bei der Fakultät diese bei dem oder der Vorsitzenden des Berufungsausschusses einsehen; auf die Verschwiegenheitspflicht ist hinzuweisen.

(4) ¹Der oder die Berufungsausschussvorsitzende übermittelt den Entwurf der Vorschlagsliste mit allen Unterlagen einschließlich etwaiger Sondervoten nach § 39 Abs.1 Satz 1 dem Präsidenten oder der Präsidentin. ²Auch die Bewerbungsunterlagen der abgelehnten Bewerber und Bewerberinnen sind beizufügen.

(5) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet den vom Berufungsausschuss beschlossenen Entwurf der Vorschlagsliste dem oder der Vorsitzenden des Senats mit der Bitte um Stellungnahme zu. ²Der Senat ist im Rahmen seiner Beratungen berechtigt, den oder die Vorsitzenden des Berufungsausschusses anzuhören.

(6) ¹Der oder die Vorsitzende des Senats übermittelt der Hochschulleitung die Stellungnahme nach Abs. 5. ²Die Hochschulleitung beschließt unter Würdigung der Stellungnahme die Vorschlagsliste. ³Beabsichtigt sie dabei, von der Vorschlagsliste des Berufungsausschusses abzuweichen, so ist dem Berufungsausschuss Gelegenheit zu geben, nochmals unter Würdigung der Auffassung der Hochschulleitung seinen Vorschlag zu überdenken. ⁴Bleibt der Berufungsausschuss bei seiner bisherigen Auffassung oder unterbreitet er einen Vorschlag, der vom Beschluss der Hochschulleitung abweicht und ändert die Hochschulleitung daraufhin ihren Beschluss nicht, informiert der Präsident oder die Präsidentin hierüber den Dekan oder die Dekanin, der oder die unverzüglich eine Fakultätsratssitzung einberuft, zu der die Hochschulleitung einzuladen ist. ⁵Die Hochschulleitung erläutert in der Sitzung die von ihr getroffene Entscheidung.

(7) Lehnt die Hochschulleitung die Vorschlagsliste in vollem Umfang ab, so ist die Stelle neu auszuschreiben.

(8) Der Präsident teilt die getroffene Entscheidung nach Abs. 6 Satz 2 umgehend dem Vorsitzenden des Berufungsausschusses und dem Dekan der betroffenen Fakultät mit.

(9) Berufungsausschuss, Hochschulleitung und Senat haben sicherzustellen, dass bei der Aufstellung der Vorschlagsliste die Interessen der gesamten Hochschule berücksichtigt werden.

(10) Der Präsident übermittelt die von der Hochschulleitung beschlossene Vorschlagsliste unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium.

§ 37 Probelehrveranstaltungen

(1) ¹Einer Beurteilung der pädagogischen Eignung sollen nur Bewerber und Bewerberinnen unterzogen werden, die unter rechtlichen und fachlichen Gesichtspunkten Aussicht haben, auf die endgültige Vorschlagsliste gesetzt zu werden. ²Sie werden auf Vorschlag des Berufungsausschusses von dem oder der Vorsitzenden zur Durchführung von zwei Lehrveranstaltungen mit anschließender fachlicher Diskussion aufgefordert (Probelehrveranstaltungen). ³Die beiden Lehrveranstaltungen sollen für den gleichen Tag angesetzt werden.

(2) ¹Das Thema einer dieser Lehrveranstaltungen wird dem Bewerber oder der Bewerberin vom Berufungsausschuss gestellt. ²Für die andere kann der Bewerber oder die Bewerberin das Thema frei wählen, soweit der Berufungsausschuss nichts Abweichendes festlegt. ³Den Termin der Lehrveranstaltungen legt der oder die Vorsitzende des Berufungsausschusses im Benehmen mit den betroffenen Bewerbern und Bewerberinnen fest, wobei ihnen das gestellte Thema spätestens drei Wochen vorher schriftlich mitgeteilt wird.

(3) ¹Zu den Lehrveranstaltungen werden vom Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Berufungsausschusses eingeladen:

1. die Mitglieder des Berufungsausschusses,
2. der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Hochschulleitung
3. die Hochschulleitung,
4. die Mitglieder des Senats,
5. die Professorinnen und Professoren und die Lehrkräfte für besondere Aufgaben der betroffenen Fakultäten,
6. die bestellten Gutachter,
7. mindestens eine Studiengruppe (Semester), in deren Lehrplan das Pflichtthema enthalten sein soll.

²Die Einladung erfolgt spätestens zwei Wochen vor Beginn der Lehrveranstaltungen schriftlich an den Teilnehmerkreis nach Ziff. 1 bis 6 und mit Bekanntmachung des Termins an der amtlichen Anschlagtafel der Fakultät für den Teilnehmerkreis nach Nr. 7. ³Die Mitglieder des Berufungsausschusses sind verpflichtet der Einladung zu folgen.

(4) ¹Der oder die Vorsitzende des Berufungsausschusses leitet die Veranstaltung einschließlich einer möglichen Diskussion; sie ist grundsätzlich hochschulöffentlich. ²In besonderen Fällen kann der Berufungsausschuss auf Antrag des Bewerbers oder der Bewerberin den Teilnehmerkreis auf die geladenen Mitglieder der Hochschule beschränken. ³In einer gesonderten nicht öffentlichen Diskussion können die von dem oder der Vorsitzenden des Berufungsausschusses geladenen Zuhörer Fragen stellen, die sich auf den weiteren Bereich des Vortragsthemas und des vorgesehenen Lehrgebietes beziehen.

§ 38 Fachgutachten

(1) ¹Der oder die Vorsitzende des Berufungsausschusses holt die nach Art. 18 Abs. 4 Satz 5 BayHSchPG geforderten Gutachten ein. ²Die Gutachter oder Gutachterinnen bestimmt der Berufungsausschuss; der Bewerber oder die Bewerberin kann Vorschläge zu den auswärtigen Gutachtern oder Gutachterinnen unterbreiten. ³Die Bestimmungen des Art. 41 Abs. 2 BayHSchG über den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung gelten entsprechend.

(2) ¹Sofern Gutachter oder Gutachterinnen die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung eines Bewerbers oder einer Bewerberin nicht aus eigener Anschauung kennen, müssen sie an den Probelehrveranstaltungen teilnehmen. ²Die Gutachter und Gutachterinnen sind befugt, nach Hinweis auf die Pflicht zur Verschwiegenheit Einblick in alle Bewerbungsunterlagen zu nehmen.

§ 39 Sondervoten

(1) ¹Sondervoten von Professoren oder Professorinnen der betroffenen Fakultäten sowie von einzelnen, stimmberechtigten Mitgliedern des Berufungsausschusses können bis spätestens eine Woche nach Bekanntgabe der Beschlussfassung des Berufungsausschusses über die Vorschlagsliste bei dem oder der Vorsitzenden des Berufungsausschusses zur Weiterleitung gemäß § 36 Abs. 4 Satz 1 an den Präsidenten oder die Präsidentin eingereicht werden. ²Der Präsident oder die Präsidentin kann innerhalb einer Frist von einer Woche nach Zugang des Berufungsvorschlags ebenfalls ein Sondervotum abgeben. ³Im Fall von Satz 2 informiert der Präsident oder die Präsidentin den Dekan oder die Dekanin, der oder die unverzüglich eine gemeinsame Sitzung des Berufungsausschusses und des Fakultätsrates einberuft, zu der der Präsident oder die Präsidentin einzuladen ist. ⁴Der Präsident oder die Präsidentin erläutert in dieser Sitzung das von ihm abgegebene Sondervotum.

(2) Der Präsident oder die Präsidentin legt die fristgerecht eingegangenen Sondervoten zusammen mit der von der Hochschulleitung beschlossenen Vorschlagsliste unverzüglich dem zuständigen Staatsministerium vor.

2. Kapitel: Lehrkräfte für besondere Aufgaben

§ 40 Lehrkräfte für besondere Aufgaben

(1) Stellen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden öffentlich ausgeschrieben.

(2) ¹Für die Bestellung von Lehrkräften für besondere Aufgaben erstellt der zuständige Fakultätsrat aus den eingegangenen Bewerbungen eine Vorschlagsliste; dieser Vorschlagsliste sind Gutachten des Fakultätsrats zu den einzelnen vorgeschlagenen Bewerbern und Bewerberinnen beizufügen, die eine Würdigung der fachlichen, persönlichen sowie pädagogischen Eignung zu enthalten haben. ²Der Fakultätsrat kann weitere Sachverständige zuziehen, soweit dies sachlich geboten ist. ³Ist die Stelle keiner Fakultät zuzuordnen, bestellt die Hochschulleitung in Benehmen mit dem Senat ein Auswahlgremium. ⁴Die fachliche und pädagogische Eignung ist durch eine Probelehrveranstaltung nachzuweisen.

(3) Über Vorschläge der Fakultät für die Bestellung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben entscheidet die Hochschulleitung.

V. Abschnitt: Studierendenvertretung

1. Kapitel: Studentischer Konvent

§ 41 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und seiner oder ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen

(1) Der Studentische Konvent wählt aus seiner Mitte spätestens fünf Wochen nach seiner Wahl in getrennten Wahlgängen seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende und zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen.

(2) Ort und Zeit der Wahl bestimmt der Präsident oder die Präsidentin.

(3) ¹Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung, bis der oder die neu gewählte Vorsitzende des Studentischen Konvents die Wahl angenommen hat. ²Er oder sie sorgt dafür, dass über die Wahlen eine Niederschrift angefertigt wird.

(4) ¹Die Wahl ist geheim. ²Der Studentische Konvent ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ³Die Mitglieder des Studentischen Konvents werden spätestens eine Woche vor der Wahl schriftlich unter Angabe der Tagesordnung vom Präsidenten oder der Präsidentin geladen.

(5) ¹Jeder und jede Wahlberechtigte kann zur Wahl des oder der Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter oder Stellvertreterinnen je einen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlagen. ²Die Wahlvorschläge werden in der Sitzung abgegeben.

(6) Zur Wahl des oder der Vorsitzenden und der Stellvertreter oder Stellvertreterinnen hat jedes Mitglied des Konvents je eine Stimme.

(7) ¹Zum Vorsitzenden oder zur Vorsitzenden des Studentischen Konvents und zu Stellvertretern oder Stellvertreterinnen ist gewählt, wer jeweils die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. ²Erreicht im ersten Wahlgang kein Kandidat oder keine Kandidatin die erforderliche Mehrheit, so findet im zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den Kandidaten und Kandidatinnen statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmzahl erreicht haben. ³Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die Mehrheit der Stimmen erhält.

(8) ¹Der Präsident teilt den Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens eine Woche nach Zugang der Benachrichtigung eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund beim Präsidenten eingegangen ist.

(9) ¹Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an oder kommt eine Wahl nicht zustande, so findet zwei Wochen nach dem Wahltag eine erneute Wahl statt. ²Abs. 7 gilt entsprechend.

§ 42 Einberufung

(1) Der Studentische Konvent ist mindestens einmal pro Semester während der Vorlesungszeit von dem oder der Vorsitzenden einzuberufen.

(2) Im Übrigen ist der Studentische Konvent auf Verlangen von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder binnen 14 Tagen einzuberufen.

2. Kapitel: Fachschaftenrat

§ 43 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und seines oder ihres Stellvertreters oder seiner oder ihrer Stellvertreterin

(1) Der Fachschaftenrat wählt aus seiner Mitte in getrennten Wahlgängen seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende sowie einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin.

(2) Für diese Wahlen gelten die Vorschriften des § 41 Abs. 2 bis 9 entsprechend.

(3) Die Wahlen finden unmittelbar nach den Wahlen des oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents und seiner oder ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen statt.

§ 44 Einberufung

(1) Der Fachschaftenrat ist mindestens einmal pro Semester während der Vorlesungszeit von dem oder der Vorsitzenden einzuberufen.

(2) Im Übrigen ist der Fachschaftenrat auf Verlangen von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder binnen 14 Tagen einzuberufen.

3. Kapitel: Sprecher- und Sprecherinnenrat

§ 45 Wahl des Sprecher- und Sprecherinnenrats

(1) Die Wahlen zum Sprecher- und Sprecherinnenrat finden unmittelbar im Anschluss an die Wahl des oder der Vorsitzenden des Fachschaftenrats und seines oder ihres Stellvertreters oder Stellvertreterin in nach jeweiligen Gremien getrennten Wahlgängen statt.

(2) ¹Der oder die Vorsitzende des Studentischen Konvents oder im Verhinderungsfall einer seiner oder ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen sowie der oder die Vorsitzende des Fachschaftenrats oder im Verhinderungsfall sein oder ihr Stellvertreter oder Stellvertreterin leiten die jeweiligen Wahlvorgänge. ²Über die Wahlen sind Niederschriften zu erstellen.

(3) ¹Jeder oder jede Wahlberechtigte kann für einen Wahlgang jeweils nur einen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlagen. ²Die Wahlberechtigten geben die Wahlvorschläge in der Sitzung ab. ³Im Übrigen gilt § 41 Abs. 4 entsprechend.

(4) Jeder oder jede Wahlberechtigte aus dem Bereich des Studentischen Konvents und aus dem Bereich des Fachschaftenrats hat für jedes im jeweiligen Bereich zu wählende Mitglied des Sprecher- und Sprecherinnenrats eine Stimme.

(5) ¹Gewählt sind im Studentischen Konvent bzw. im Fachschaftenrat jeweils die zwei Kandidaten oder Kandidatinnen mit den höchsten Stimmenzahlen. ²Unter den Kandidaten und Kandidatinnen mit gleicher Stimmenzahl findet eine Stichwahl statt, die bei wiederum gleicher Stimmenzahl wiederholt wird.

(6) Die Wahlleiter oder Wahlleiterinnen teilen den Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. § 41 Abs. 8 Satz 2 und Abs. 9 Satz 1 gelten entsprechend.

(7) ¹Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Amt, so wird eine Neuwahl durchgeführt. ²Die Absätze 1 bis 6 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass eine Nachwahl nur in dem Gremium stattfindet, das das ausscheidende Mitglied gewählt hat.

§ 46 Einberufung des Sprecher- und Sprecherinnenrats

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat ist von seinem oder seiner Vorsitzenden mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit, bei Erledigung der Aufgaben nach Art. 52 Abs. 4 Satz 4 BayHSchG nach Bedarf auch öfter zu Sitzungen einzuberufen. Im Übrigen ist der Sprecher- und Sprecherinnenrat auf Verlangen von mindestens einem Mitglied binnen 14 Tagen einzuberufen.

4. Kapitel: Fachschaftsvertretung

§ 47 Einberufung

(1) Die Fachschaftsvertretung ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit vom Fachschaftssprecher oder der Fachschaftssprecherin einzuberufen.

(2) Auf Verlangen von mindestens einem Viertel ihrer Mitglieder ist die Fachschaftsvertretung binnen 14 Tagen einzuberufen.

VI. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften über den Geschäftsgang in den Gremien der Hochschule

§ 48 Geltungsbereich

¹Die nachfolgenden Regelungen gelten für alle Gremien der Hochschule, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. ²Sie gelten mit Ausnahme von § 54 nicht für Wahlen.

§ 49 Ladung und Ladungsfristen

(1) ¹Gremien werden jeweils durch ihren oder ihre Vorsitzenden einberufen und geleitet. ²Die Ladung hat schriftlich mit einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche zu erfolgen. ³Für Funktionsträger, die an den Sitzungen ohne Stimmrecht oder mit beratender Stimme teilnehmen, gilt Satz 2 entsprechend. ⁴Auf die Sitzungen der Hochschulleitung findet Satz 2 keine Anwendung.

(2) Ist die Behandlung einer Angelegenheit dringlich, so kann der oder die Vorsitzende unter ausdrücklichem Hinweis auf die Dringlichkeit eine Sitzung unter Beachtung einer Ladungsfrist von zwei Werktagen anberaumen.

(3) Die Hochschulleitung ist zu den Sitzungen aller Gremien unter Angabe der Tagesordnung einzuladen; Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Die Hochschulleitung ist berechtigt, die Gremien unter Angabe einer Tagesordnung zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen; Abs. 1 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 2 gelten entsprechend.

(5) Art. 20 Abs. 6 Satz 3 BayHSchG bleibt unberührt.

§ 50 Beschlussfähigkeit

(1) Die Gremien sind beschlussfähig, wenn alle Mitglieder sowie die Funktionsträger nach § 49 Abs. 1 Satz 2 ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist; schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht berücksichtigt.

(2) ¹Um eine Beschlussunfähigkeit zu vermeiden, kann die erste Ladung nach § 49 Abs. 1 mit einer zweiten Ladung für den Fall verbunden werden, dass die nach Abs. 1 erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend ist; in diesem Fall kann das Gremium mit einem zeitlichen Mindestabstand von 15 Minuten zu einer zweiten Sitzung zusammentreten, wobei es ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist; in der zweiten Ladung ist auf diese Bestimmung hinzuweisen. ²Diese Bestimmung gilt nicht für den Hochschulrat.

§ 51 Zustandekommen von Beschlüssen

(1) ¹Die Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen; Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ²Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag. ³Bei Prüfungsgremien sind Stimmenthaltungen unzulässig.

(2) ¹Beschlüsse im Umlaufverfahren sind nur ausnahmsweise zulässig. ²In diesem Fall gibt der oder die Vorsitzende die zu behandelnde Angelegenheit mit Angabe des Grundes für das gewählte Umlaufverfahren den Mitgliedern des Gremiums in geeigneter Weise schriftlich bekannt; den Zeitraum der Bekanntgabe vermerkt er oder sie in den das jeweilige Gremium betreffenden Akten. ³Die Bekanntgabe muss einen Stimmzettel enthalten, der als amtlich gezeichnet ist und den Gegenstand der Abstimmung so bezeichnen muss, dass das einzelne Gremienmitglied eine Entscheidung mit „ja“ oder „nein“ ohne weiteres treffen kann. ⁴Der oder die Vorsitzende bestimmt einen Termin, bis zu dem spätestens die ausgefüllten Stimmzettel bei ihm oder ihr eingegangen sein müssen; verspätet eingegangene Stimmzettel können nicht berücksichtigt werden. ⁵Die Frist zur Stimmgabe muss mindestens drei Werktage betragen. ⁶Stimmrechtsübertragungen sind zulässig. ⁷Ein Beschluss ist zustande gekommen, wenn sich die Mehrheit der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt; Abs. 1 gilt entsprechend. ⁸Der oder die Vorsitzende vermerkt das Ergebnis der Abstimmung in den das jeweilige Gremium betreffenden Akten.

(3) Wahlen nach dem 1. und 2. Abschnitt dieser Grundordnung sind keine Beschlüsse im Sinne von Abs.1 und 2.

§ 52 Hochschul- oder Fakultätsöffentlichkeit

(1) ¹Die Gremien tagen nicht öffentlich. ²Sie können im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte einer zukünftigen Sitzung die Hochschul- oder Fakultätsöffentlichkeit beschließen, soweit nicht Personal- oder Prüfungsangelegenheiten behandelt werden oder Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen.

(2) Beschlüsse nach Abs. 1 Satz 2 werden auf Antrag in geheimer Abstimmung gefasst und bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

(3) Sitzungen oder Sitzungsteile, die eine Wahl nach § 51 Abs. 3 bzw. die Vorstellung von zur Wahl stehenden Kandidaten zum Gegenstand haben, sind hochschulöffentlich.

§ 53 Geheime Abstimmung

¹Beschlüsse werden in offener Abstimmung gefasst. ²Soweit ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies verlangen, ist geheim abzustimmen. ³Bei Prüfungsgremien ist eine geheime Abstimmung ausgeschlossen. ⁴Für Beschlüsse in Personalangelegenheiten gilt Art. 41 Abs.1 Satz 1 BayHSchG.

§ 54 Stimmrechtsübertragung

(1) ¹Sind mehrere Vertreter einer Mitgliedsgruppe im Gremium vertreten, so kann ein abwesenden Mitglied sein Stimmrecht für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen auf einen anderen Vertreter der gleichen Gruppe schriftlich übertragen. ²Die Übertragung des Stimmrechts auf einen Vertreter einer anderen Mitgliedsgruppe ist ausgeschlossen. ³Bei Mitgliedergruppen mit nur einem Mitglied in dem Kollegialorgan kann das Stimmrecht nur auf den gewählten Ersatzvertreter übertragen werden. ⁴Im Hochschulrat können die hochschulangehörigen Mitglieder ihr Stimmrecht nicht auf nicht hochschulangehörige Mitglieder übertragen bzw. umgekehrt.

(2) Sofern an ein Mitglied eines Gremiums mehrere Stimmrechte übertragen werden, kann es nur eines von diesen wahrnehmen.

(3) Abweichend von Abs. 1 sind bei Prüfungsgremien Stimmrechtsübertragungen nicht zulässig.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten nicht für die Hochschulleitung und die erweiterte Hochschulleitung.

§ 55 Geschäftsordnung

¹Die Hochschulleitung, der Hochschulrat und der Senat erlassen auf der Grundlage der Bestimmungen des VI. Abschnitts für ihren Bereich Geschäftsordnungen. ²Für sonstige Gremien gilt die Geschäftsordnung des Senats entsprechend, sofern sie sich keine eigene Geschäftsordnung geben.

VII. Abschnitt: Ehrungen

§ 56 Ehrungen

(1) Die Hochschule kann die Würde eines Ehrensensors oder einer Ehrensensorin, eines Ehrenbürger oder einer Ehrenbürgerin sowie eines Ehrenmitglieds an Persönlichkeiten verleihen, die sich in Staat oder Gesellschaft um die Hochschule besonders verdient gemacht haben.

(2) Die Hochschule kann eine Ehrenmedaille an Persönlichkeiten verleihen, die sich um die Hochschule verdient gemacht haben.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 beschließt der Senat die Verleihung auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin oder einer Fakultät.

(4) Sonstige Ehrungen nimmt die Hochschule auf der Grundlage einer gesonderten Satzung vor.

VIII. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 57 Übergangsbestimmungen für Wahlen und Amtszeiten

(1) Wahlen zum Senat, den Fakultätsräten und dem Studentischen Konvent nach den Bestimmungen dieser Grundordnung finden erstmals im Sommersemester 2007 statt.

(2) ¹Wahlen zum Dekan oder zur Dekanin, Prodekan oder Prodekanin, Studiendekan oder Studiendekanin sowie zur Frauenbeauftragten der Hochschule und zu den Frauenbeauftragten der Fakultäten sowie der Stellvertreterinnen nach den Bestimmungen dieser Grundordnung finden abweichend von § 22 Abs.1 erstmals im Sommersemester 2007 statt. ²Die neu gewählten Personen treten das jeweilige Amt zum 01.10.2007 an. ³Die Amtszeit der neu gewählten Frauenbeauftragten der Hochschule, ihrer Stellvertreterin sowie der Funktionsträger und Funktionsträgerinnen in den Fakultäten endet mit Ausnahme der Amtszeit der Studiendekane oder der Studiendekaninnen am 14.03.2010.

(3) Für die Wahl eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin im Wintersemester 2006/2007 gilt diese Grundordnung mit der Maßgabe, dass die Frist für den Vorschlag des Präsidenten an die Wahlleiterin eine Woche nach Inkrafttreten dieser Grundordnung endet und die Wahl vom erweiterten Senat vorgenommen wird.

§ 58 Übergangsvorschriften für die erstmalige Einberufung des Senats und des Hochschulrats

(1) ¹Der neu gewählte Senat konstituiert sich innerhalb von vier Wochen nach Beginn des Wintersemesters 2007/2008. ²In der konstituierenden Sitzung wird der oder die Vorsitzende des Senats gewählt sowie eine Geschäftsordnung beschlossen. ³Sonstige Tagesordnungspunkte sind zulässig. ⁴Zu dieser Sitzung lädt das älteste gewählte Mitglied des Senats mit einer Ladungsfrist von drei Wochen. ⁵In der Ladung werden die Mitglieder des Senats aufgefordert Wahlvorschläge für den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Senats bis spätestens eine Woche vor dem Sitzungstermin zu unterbreiten. ⁶Die Vorgeschlagenen müssen dem Wahlvorschlag schriftlich zustimmen. ⁷Das älteste Mitglied des Senats leitet die Sitzung sowie die Wahl des oder der Vorsitzenden. ⁸§ 7 und § 8 dieser Grundordnung gelten entsprechend. ⁹Nimmt der oder die Vorsitzende die Wahl an, geht die Sitzungsleitung auf das gewählte Mitglied über.

(2) ¹Der neue Hochschulrat konstituiert sich bis zum Ende des Wintersemesters 2007/2008. ²In der konstituierenden Sitzung wird der oder die Vorsitzende des Hochschulrats gewählt sowie eine Geschäftsordnung beschlossen. ³Sonstige Tagesordnungspunkte sind zulässig. ⁴Zu dieser Sitzung lädt der oder die Vorsitzende des Senats mit einer Ladungsfrist von drei Wochen. ⁵In der Ladung werden die Mitglieder des Hochschulrats aufgefordert Wahlvorschläge für den Vorsitzenden oder die Vorsitzende aus dem Kreis der nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats bis spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zu unterbreiten. ⁶Der oder die Vorsitzende des Senats holt die Zustimmung der Vorgeschlagenen zur Kandidatur ein. ⁷Der oder die Vorsitzende des Senats leitet die Sitzung sowie die Wahl des oder der Vorsitzenden des Hochschulrats. ⁸§ 7 und § 8 dieser Grundord-

nung gelten entsprechend.⁹Nimmt die gewählte Person die Wahl an, geht die Sitzungsleitung auf das gewählte Mitglied des Hochschulrats über.

§ 59 Inkrafttreten

(1) Diese Grundordnung tritt mit Wirkung vom 01.01.2007 in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Grundordnung tritt die Grundordnung der Fachhochschule Coburg vom 29.05.2002 (KWMBI II 2002 S. 213 f.) außer Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des erweiterten Senats der Fachhochschule Coburg vom 10.11.2006 und der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst durch Schreiben vom 18.01.2007, Nr. XI/4-H 3311.CO -11/40 876.

Coburg, den 23.01.2007

Prof. Dr. Heinrich Schafmeister
Präsident

Diese Satzung wurde am 25.01.2007 in der Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 25.01.2007 durch Anschlag bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 25.01.2007.